

Unter dem Strich

INFLATION Seit die Preise steigen, müssen viele Menschen rechnen, um sich das Leben leisten zu können. Besuche bei einer Familie, einem Single, einer Rentnerin und zwei Alleinerziehenden – eine Reise durch Teuerland.



Peter Jülich / DER SPIEGEL

Familie Diezinger

Beruf: Kinderpflegerin, Erzieher
Einkommen: 4000 Euro netto

Fünf Menschen, fünf Leben, die zusammen vielleicht so etwas wie den deutschen Durchschnitt abbilden: Jens Diezinger, Erzieher und Familienvater. Astrid Weber, Verwaltungsangestellte, Mutter einer Tochter. René Baumgart, Weinexperte und Single. Dagmar Neiser, Rentnerin. Jana Knaack, alleinerziehend. Fünf Menschen, die ihr Leben neu ordnen müssen, seit fast alles teurer wird. Die sich nach einem Einkauf im Supermarkt wundern, was das alles kostet.

Sechs Eier: 2,99 Euro.

300 Gramm junger Gouda: 4,59 Euro.

Ein Kilogramm gemischtes Hack: 8,99 Euro.

Im Februar lag die Inflationsrate bei 5,1 Prozent, im Mai stieg sie auf 7,9 Prozent, das war der höchste Wert seit fast einem halben Jahrhundert. Im Juni fällt sie wohl leicht und beträgt 7,6 Prozent. Hohe Inflationsraten verringern die Kaufkraft, man kann sich für sein Geld weniger leisten.

Lieferengpässe wegen des Krieges in der Ukraine – etwa von Weizen, der als Futtermittel gebraucht wird – lassen die Preise von Lebensmitteln steigen. Butter war im Mai 43 Prozent teurer als vor einem Jahr.

Rapsöl: 65,2 Prozent teurer.
Nudeln: 33,2 Prozent teurer.

Die Sanktionen gegen Russland treiben die Energiepreise hoch. Außerdem beträgt die CO₂-Abgabe seit Anfang des Jahres 30 Euro für jede Tonne Kohlendioxid, das bei der Verbrennung von Diesel, Benzin, Heizöl und Erdgas entsteht. Auch deswegen kostete Heizöl in diesem Mai fast doppelt so viel wie im vergangenen, plus 94,8 Prozent.

Erdgas: 55,2 Prozent teurer.

Strom: 21,5 Prozent teurer.

Diesel: 52 Prozent teurer.

Die Bundesregierung versucht, die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten. Mit einer Energiekostenpauschale von 300 Euro. Mit einem Bonus von 100 Euro pro Kind für Familien. Mit einer niedrigeren Energiesteuer auf Kraftstoffe, mit dem 9-Euro-Ticket für den öffentlichen Nahverkehr, beides für drei Monate. All das wird den Bund rund 17 Milliarden Euro kosten.

Die Frage ist, wem es hilft. Die Zuschüsse werden »die Kaufkraftverluste der Bürger lediglich teilweise auffangen«, hat das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln ermittelt. Eine Rentnerin, die weniger als 900 Euro im Monat bekommt, wird in diesem Jahr nur um 46 Euro entlastet, wie das Düsseldorfer Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung errechnet hat. Von dieser Summe hat die Inflation schon jetzt nichts mehr übrig gelassen. Ein Paar mit zwei Kindern und einem gemeinsamen Nettoeinkommen zwischen 2000 und 2600 Euro wird um 1006 Euro entlastet. In den ersten vier Monaten dieses Jahres hat es aber bereits 398 Euro mehr ausgegeben, als wenn die Inflation bei zwei Prozent läge.

Diese Geschichte ist eine Reise durch Teuerland. Zu Menschen, die auf der Einkommensskala nicht ganz oben stehen und nicht ganz unten. Wie geht es ihnen? Was können sie sich noch leisten? Und wie blicken sie in die Zukunft?

Stadecken-Elsheim

Jens Diezinger hat Angst. Angst davor, dass die Inflation »gekommen ist, um zu bleiben«, wie er sagt. Und dass er dann nachts schlaflos im Bett liegt, weil er überlegen muss, wie er den Kühlschrank für seine Familie vollbekommen soll. Rund 4000 Euro netto haben die Diezingers im Monat zur Verfügung. »Das ist an Tag 23 alles weg. Wenn am Ende des Geldes noch mehr Monat übrig ist, wird es brenzlig.« Nach diesem Satz geht Jens Diezinger auf den Balkon, eine Zigarette rauchen.

Die Diezingers, das sind Vater Jens Diezinger, 44 Jahre alt, und Mutter Carolin Witter-Diezinger, 41. Lena ist 15, Vincent 14, Henning 12, Valentin 9 und Pauline 3. Stadecken-Elsheim ist eine Ortsgemeinde in Rheinland-Pfalz mit sanften Hügeln, geprägt vom Weinbau. Nach Mainz fährt man etwa 20 Minuten mit dem Auto, zum Frankfurter Flughafen eine halbe Stunde. Die Gegend ist beliebt bei Piloten, Bankern und Journalisten.

Familie Diezinger teilt sich 83 Quadratmeter einer Einliegerwohnung im ersten Stock, vier Zimmer. Die beiden jüngsten Kinder schlafen mit den Eltern in einem Raum, der mittlere Sohn übernachtet bei der Oma, die im Erdgeschoss wohnt und der das Haus gehört. Die Diezingers zahlen keine Miete, für die Nebenkosten hat Jens Diezinger der Schwiegermutter bisher 500 Euro überwiesen, wegen der steigenden Energiepreise werden es nun 700 sein. Die Waschmaschine läuft bei ihnen mehrmals am Tag, manchmal von morgens 9 bis abends 20 Uhr ohne Pause. Der Wäschetrockner bleibt jetzt aus.

»An Tag 23 ist alles weg. Wenn am Ende des Geldes noch mehr Monat übrig ist, wird es brenzlig.«

Jens Diezinger

Es ist noch nicht lange her, da wurde in der Nachbarschaft eine Doppelhaushälfte frei, 140 Quadratmeter, kleiner Garten, zwei Bäder, mit genügend Zimmern für alle. Der Vermieter hat 2000 Euro kalt bezahlt. »Selbst ohne Mieterhöhung wäre das für uns nicht drin«, sagt Jens Diezinger. »Zuzüglich Heizung und Strom wäre mein Gehalt ja weg.«

Er arbeitet als Erzieher in einer Kita und sitzt am Wochenende in einem Kulturzentrum in Mainz an der Kasse, sein Nebenjob. Inklusive Kindergeld kommt er auf Einnahmen in Höhe von 2900 Euro netto. Seine Frau ist gelernte Reiseverkehrskauffrau und arbeitet als Kinderpflegerin. Von Mai bis Juli hilft sie samstags und sonntags noch in der Küche einer Weinstube aus, und sie hat ein Kleingewerbe angemeldet, sie schneidert Kissenbezüge, T-Shirts, Puppen. Insgesamt verdient sie etwa 1100 Euro.

Auf der Ausgabenseite stehen 500 Euro monatliche Tilgung für drei Kredite: für das Auto, den Kühlschrank, das Sofa. Knapp 400 Euro für Diesel. Jens Diezinger pendelt 50 Kilometer zur Arbeit, wenn er noch nach Mainz fährt, weil ein Kind zum Arzt muss, sind es bereits 100 Kilometer an einem Tag. 170 Euro für vier Handyverträge. Kfz-Versicherung und Hausratversicherung. Die Zusatzversicherung für Brillen und Zahn-

behandlungen der Kinder kostet 30 Euro im Monat. Für Lebensmittel, Putzutensilien und Kleidung geben die Diezingers pro Woche 400 Euro aus. Meist gehen sie zu Aldi, Lidl, Penny, dm, C&A, H&M.

Wenn sich Carolin Witter-Diezinger eine Jeans kauft, kostet die 29 Euro. Hennings Fußballschuhe sind vom Flohmarkt. Für neue Turnschuhe müssen auch mal 19 Euro reichen.

Vor der steigenden Inflation haben sie einmal in der Woche einen Großeinkauf im Supermarkt gemacht. Inzwischen kauft Jens Diezinger jeden Tag ein, auf dem Rückweg von der Arbeit, um eine Autofahrt zu sparen. Seit die Preise gestiegen sind, kaufen die Diezingers weniger Nahrungsmittel ein. Erdbeeren, Gurken, Tomaten und Salat haben sie jetzt selbst im Garten angepflanzt.

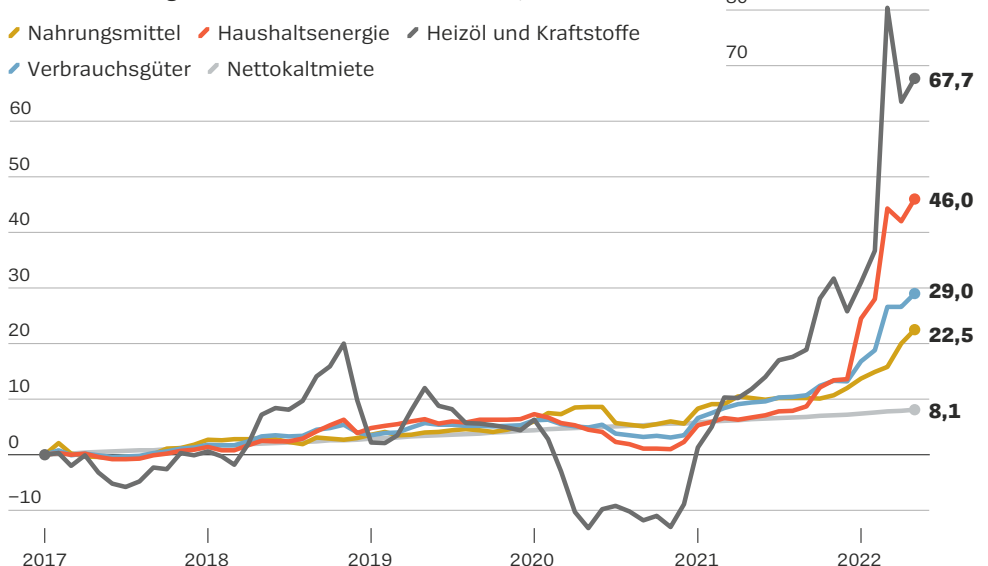
Für das Abendessen ist Lena zuständig, das älteste Kind. Sie beginnt im August eine Lehre zur Fachfrau für Restaurants und Veranstaltungsgastronomie. Lena überlegt sich, was es geben soll, und schreibt einen Einkaufszettel für ihren Vater. Sie kocht oft Kartoffeln, Reis, Nudeln, weil die satt machen und günstig sind. Gibt es Fleisch, dann Huhn oder Schwein.

Lena sagt: »Ich versuche, ausgewogen zu kochen. Gemüse, Kohlenhydrate, Ballaststoffe, gesunde Fette. Das Problem ist: gesund kochen und günstig einkaufen – das überschneidet sich nicht.« Für eine 15-Jährige wirkt Lena ungewöhnlich erwachsen.

Der Vater sagt, dass ihn die Zigaretten im Monat 120 Euro kosten. Die Mutter trifft sich häufig mittwochs mit einer Freundin, sie gehen dann manchmal essen. Noch sind sie nicht so weit, darauf zu verzichten. Unantastbar ist für die Diezingers auch der Sommerurlaub: Seit Jahren fahren sie für drei Wochen nach

Teurer Alltag

Preisveränderungen in Deutschland seit Januar 2017, in Prozent



Quelle: Destatis

Büsum an die Nordsee, sie legen dafür das Jahr über Geld zurück.

Zur Familientradition gehört es, dass sie in Büsum einmal am Tag im Café Venezia Eis essen, es gibt für jeden eine Kugel. Carolin Witter-Diezinger hat sich schon informiert: Eine Kugel kostet mittlerweile 1,50 Euro, 20 Cent mehr als im letzten Urlaub. Das sind 29,40 Euro zusätzliche Ausgaben. Sie wollen ihr Ritual dieses Mal unbedingt noch beibehalten, aber sie stellen sich die Frage, wie viel es ihnen wert sein darf. Zwischendurch hatte es so ausgesehen, als reichte ihr Geld nicht einmal für Ferien ohne Eis. Dann hatten die Kinder vorgeschlagen, auf Weihnachtsgeschenke zu verzichten und das Geld in die Urlaubskasse zu legen. 2023 soll das Ferienhaus 250 Euro mehr kosten. Möglicherweise sei der Urlaub dann nicht mehr drin, sagt Jens Diezinger.

Selbst schuld, das ist ein Vorwurf, den Carolin und Jens Diezinger öfter hören. Als sie sich schon einmal in den Medien zu ihrer finanziellen Situation geäußert hatten, hieß es in den Kommentaren auf Facebook: Was haben die auch fünf Kinder! Großfamilien haben keinen guten Ruf in Deutschland, wo die Geburtenrate bei 1,53 Kindern pro Frau liegt. Diezinger sagt: »Wir haben nie geplant, fünf Kinder zu bekommen. Aber Wunsch Kinder sind sie alle. Und ich habe mich nie hingestellt und gesagt: So, lieber Staat, jetzt zahl mal.«

Die Eltern legen Wert darauf, dass ihre Kinder fleißig sind und verantwortungsbewusst. Alle haben Küchendienst, müssen Wäsche falten.

Jens Diezinger wünscht sich von der Regierung eine dauerhafte Entlastung. Einmalige Sonderzahlungen bringen ihm nichts, sagt er, auch die Kindergelderhöhung reiche nicht. »Die sind wie Kamelle im Karneval: schnell hingeworfen zum kurzfristigen Genuss. Ich vermisste einen Masterplan.« Vergangenes Jahr zahlte sein Arbeitgeber ihm einen steuerfreien Coronabonus, der dazu führte, dass er 138 Euro zu viel verdiente, um die Lernmittelfreiung für seine Kinder zu erhalten. Er sagt, er habe deshalb Schulbücher ausleihen und noch welche für 867 Euro kaufen müssen. Am Ende zahlte er also drauf.

Das 9-Euro-Ticket? Nutzt der Mutter, weil sie keinen Führerschein hat und eine einfache Fahrt mit dem Bus nach Mainz sonst 6,50 Euro kostet. Jens Diezinger nimmt es nicht in Anspruch. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln würde er eine Stunde und 18 Mi-

nuten zur Arbeit brauchen. Und zurück genauso lang.

Statt mit dem Auto fährt er neuerdings aber zweimal in der Woche mit dem Rad.

Siegen

An der Innenseite ihrer Wohnungstür klebt ein gelber Zettel, darauf steht: »Heizungstherme abstellen«. Wenn Astrid Weber morgens zur Arbeit geht, erinnert sie die Notiz daran, Gas zu sparen. Seit Februar zahlt sie 96 Euro im Monat für Heizung und Warmwasser, vorher waren es 80. Und an die Nachzahlung bei der nächsten Jahresabrechnung will sie lieber nicht denken.

Es ist der 24. Mai, für die restlichen sieben Tage des Monats hat sie für sich und ihre Tochter noch 50 Euro in bar und 211 Euro auf dem Girokonto. Wenig Spielraum für unvorhergesehene Kosten.

Siegen hat gut 100 000 Einwohner und liegt in einer wachstumsstarken Region Nordrhein-Westfalens. Astrid Weber wohnt auf 50 Quadratmetern zur Miete, zwei Zimmer, Küche, Bad, sie ist 43 Jahre alt, eine alleinerziehende Mutter. Ihre Tochter Madita ist 9 und kommt in die vierte Klasse. Weber hat einen Realschulabschluss und eine Ausbildung zur Pharmazeutisch-kaufmännischen Angestellten, sie hat in einer Apotheke gearbeitet, wechselte in die Gastronomie, wurde schwanger, die Beziehung ging in die Brüche. Nach der Elternzeit schulte sie um zur Industriekauffrau, nun arbeitet sie Teilzeit, 32 Stunden pro Woche in der Verwaltung der Arbeiterwohlfahrt.

Auf dem Küchentisch steht ein Zettelkasten mit Tankbelegen und

»Ich suche Lösungsansätze. Vom Jammern geht die Inflation ja nicht runter.«

René Baumgart

Im Supermarkt zahlt sie 44,36 Euro, »und im Einkaufswagen liegt praktisch nichts«.

Astrid Weber



PETER JÜLICH / DER SPIEGEL

Astrid Weber

Beruf: Verwaltungsangestellte
Einkommen: 2300 Euro netto

Kassenbons aus dem Supermarkt, sie hat am Laptop eine Tabelle erstellt mit all ihren Einnahmen und Ausgaben, ein digitales Haushaltsbuch. Außerdem liegt da eine eng beschriebene Seite aus einem Collegenblock, »Sparmaßnahmen« steht unterstrichen in der ersten Zeile, darunter folgen 27 Punkte, die sie sich überlegt hat: »Flohmärkte«, »Gefrierschrank abtauen«, »Bedürfnisse prüfen«.

Astrid Weber schneidet und färbt sich die Haare selbst, aussortierte Kleidung bietet sie bei Ebay-Kleinanzeigen an, oder sie bringt die Sachen zu H&M, wo sie für jede Tüte einen Rabattgutschein erhält. In den vergangenen elf Jahren war sie einmal im Urlaub, eine Woche lang in Ägypten. Für ihre Tochter zahlt sie Reitstunden und Musikunterricht, darüber hinaus legt sie jeden Monat fünf Euro zur Seite, die für Maditas Führerschein gedacht sind.

Ein Drittel der Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern lebte im vergangenen Jahr von Hartz IV, Astrid Weber geht es vergleichsweise gut. »Weil ich das weiß, jammere ich nicht«, sagt sie. Laut dem Institut der deutschen Wirtschaft gehört sie zur Mittelschicht im engen Sinn. Sie verdient 1845 Euro netto, zuzüglich Kindergeld und Unterhalt kommt sie auf 2300 Euro. Zieht sie ihre Fixkosten ab, etwa für Miete, Versicherungen, Internet und Netflix-Account, bleiben rund 1000 Euro übrig.

Am Monatsanfang nimmt sie vier Briefumschläge, für jede Woche einen, und steckt jeweils 100 Euro hinein. Von dem Geld kauft sie Lebensmittel. Jetzt blättert sie durch ihre Quittungen, schaut in ihre Tabelle mit Soll und Haben und vergleicht Preise: Das Brot, das sie immer nimmt, ist 30 Cent teurer geworden, für einen Eisbergsalat hat sie 1,59 Euro bezahlt statt 39 Cent. An der Supermarktkasse kommen schnell 44,36 Euro zusammen, »und im Einkaufswagen liegt praktisch nichts«.

Das Schulessen für die Tochter ist zwei Euro im Monat teurer geworden, und sie geht davon aus, dass der Beitrag noch mal erhöht wird. Dass ihr Stromabschlag steigen wird, steht für sie außer Frage. Sie fährt einen Renault, der innerorts sieben bis acht Liter verbraucht. »Einmal volltanken kostet mich gut 90 Euro«, sagt sie. Und ist froh, nicht zur Arbeit pendeln zu müssen. Alles in allem bleiben ihr »150 Euro weniger im Monat« als früher.

Astrid Weber will sich nicht stärker einschränken als nötig. Sie versucht, Lustkäufe wie Schmuck zu vermeiden, findet es aber sinnvoll, »einmal hoch-

wertig zu kaufen statt fünfmal billig«, beim Fleisch zum Beispiel. Sie muss keinen Kredit tilgen, doch die Preissteigerungen kommen zu einer Zeit, in der sie Kapital aufbauen wollte; sie hört den Podcast von Natascha Wegehlin, die als »Madame Moneyppy« Finanzcoaching für Frauen anbietet. Astrid Weber hat keine Aktien, sie hat ein Sparbuch.

Darauf will sie die Energiepauschale einzahlen. Auch den Kinderbonus. Mit dem »geschenkten Geld«, wie sie sagt, will sie nicht kalkulieren. Von den Maßnahmen der Regierung hält Astrid Weber eher wenig. Das 9-Euro-Ticket brauche sie nicht, und es sei ja offensichtlich, dass die Mineralölkonzerne die Steuersenkung beim Benzin nicht an die Kunden weitergeben. Sie sagt: »Von einer dauerhaften Erhöhung des Kindergeldes hätte ich mehr.«

Sie meint, dass Deutschland vor entscheidenden Jahren stehe. Dass das Sozialversicherungssystem irgendwann kollabieren, dass die Rente bei vielen Menschen nicht reichen werde, um die Existenz zu sichern. »Wir brauchen das bedingungslose Grundeinkommen.«

Hamburg

Auf dem Sideboard hinter René Baumgart stehen Flaschen: Rotwein, Weißwein aus Italien und Frankreich, Deutschland, Österreich, den USA. Er hat einen großen Teil seines Lebens dem Genuss verschrieben. An einem Abend im Sternerestaurant könne er sich noch lange danach erfreuen, sagt er.

Baumgart ist 55 Jahre alt, er vertreibt Wein für einen Großhändler. Er lebt allein, sein zwölfjähriger Sohn wohnt bei der Mutter und verbringt jeden Dienstag und jedes zweite Wochenende bei ihm. Baumgart ist gelernter Kellner und ein Kind der ehemaligen DDR, bis zur Wende arbeitete er im Palasthotel gegenüber vom Berliner Dom, dann wurde er Sommelier, bis er in den Handel wechselte, auch wegen der geregelten Arbeitszeiten. Er kocht mit Leidenschaft, Paprika, Nudeln, Knoblauch und Zucchini hat er immer im Haus. Baumgart ist einer, der zum Erdbeerbauern fährt, wenn er findet, dass die Früchte im Supermarkt zu wenig Qualität liefern.

Wie kommt so einer jetzt zurecht?

»Ich suche Lösungsansätze. Vom Jammern geht die Inflation ja nicht runter.«

Corona hat die Gastronomiebranche durchgewirbelt, viele Betriebe konnten sich nicht halten, auch weil ihnen in den Monaten der Kurzarbeit die Mitarbeiter abhandengekommen sind. Baumgart sagt, viele Wirte seien gerade derart mit der Suche nach Personal beschäftigt, dass sie nicht darüber nachdenken, wie sich ihr Weinsortiment neu aufstellen lassen. Potenzielle Kunden würden Termine nun häufiger kurzfristig absagen. Und gleichzeitig beeinträchtigt die Inflation den Handel. »Die Weinpreise explodieren«, sagt Baumgart.

Er steht in einer Lagerhalle im Industriegebiet Billbrook, bis unter die Decke stapeln sich Kisten. »Überall gibt es Engpässe. Man-



Philipp Meuser / DER SPIEGEL

René Baumgart

Beruf: Weinvertrieb für den Großhandel
Einkommen: keine Angabe

che Winzer können nicht liefern, weil es keine Kartons und Etiketten mehr gibt. Einigen gehen sogar die Flaschen aus.«

Baumgart hat sich entschieden, der Krise auch etwas Positives abzugewinnen. »Man lernt das, was man hat, wieder mehr zu schätzen. Viele Menschen konsumieren jetzt bewusster.«

4000 bis 5000 Euro brutto im Monat seien in seinem Beruf möglich, wie viel er genau verdient, mag er nicht verraten. Seine Ausgaben aber lassen sich beziffern: Die Miete für 75 Quadratmeter sei gerade um 40 auf 980 Euro erhöht worden. Er bediene drei Sparverträge, er zahle Unterhalt für seinen Sohn. Die Zusatzversicherung für dessen Zahnsperre teile er sich mit der Mutter. Hinzu kämen die Raten für eine Hausratversicherung und eine Rechtsschutzversicherung.

»Wir werden gerade alle Zahlenmenschen«, sagt er. »Man guckt sich jeden Benzinpreis an der Tankstelle an.«

Baumgart kauft lieber fünfmal in der Woche ein als einmal. Er kann sich nicht vorstellen, bereits am Montag zu wissen, was er am Sonntag essen möchte. Außerdem würden so weniger Lebensmittel verderben. Er zahlt seine Einkäufe mit Kreditkarte und hat schon überlegt, wie er angesichts der ständig steigenden Preise am besten den Überblick über seine Ausgaben behält.

»Generell habe ich mein Leben bislang nicht sehr verändert. Ich habe noch nie mehr ausgegeben, als ich mir leisten konnte.« Er sei im Gegenteil ein Mensch, der freiwillig einen höheren Abschlag für Strom und Wasser wähle, weil er am Ende des Jahres lieber Geld zurückbekomme als nachzahle. »Ich

gehe jetzt weniger essen, ja. Und ich achte vielleicht noch mehr auf Sonderaktionen und Rabatte.« Gerade erst habe er für drei Kinokarten 10,35 statt 30 Euro ausgegeben. »Wenn man sich kümmert, ist vieles möglich.«

Und doch hat Baumgart vor Kurzem noch einen 450-Euro-Job bei einem Spitzenkoch angenommen. Das Trinkgeld, das er von den Gästen bekommt, spart er für besondere Anlässe und den Urlaub mit seinem Sohn. Drei Wochen wollen sie in den Sommerferien verreisen: Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Niedersachsen – einschließlich Abenteuerpark und Störtebeker-Festspiele. »Dafür würde ich abends auch Regale im Supermarkt auffüllen«, sagt René Baumgart. Er brauche Geld auch, um Lebenserinnerungen zu sammeln, die unverzichtbar seien.

München

In der Rotbuchenstraße wohnt Dagmar Neiser mit ihrem Mann Peter, sie ist 71 Jahre alt und er 86. Zwei von rund 270 000 Rentnerinnen und Rentnern in der Stadt. Die beiden haben vergangenes Jahr im Juli geheiratet, »weil wir nicht allein durch den letzten Lebensabschnitt gehen wollten«, wie Frau Neiser sagt. Wenn sie einen Wunsch frei hätte, würde sie mit ihrem Mann für einen Tag in die Therme nach Bad Füssing fahren, im warmen Wasser baden und danach eine Massage genießen. Aber ers-tens können beide nicht mehr gut laufen, und zweitens haben sie kaum genug Geld für die notwendigen Dinge des täglichen Lebens.

Für den neuen, gut tausend Euro teuren Herd hat Dagmar Neiser fast vier Jahre lang gespart. Sie überweist jeden Monat 20 Euro vom Girokonto aufs Sparbuch, ihre Rücklage für solche Fälle.

39 Jahre lang hat Dagmar Neiser gearbeitet, sie erhält monatlich 455,80 Euro Erwerbsminderungsrente und als ehemalige Angestellte im öffentlichen Dienst noch einmal 112,33 Euro Zusatzrente. Weil das zum Leben nicht reicht, zahlt ihr der Bezirk Oberbayern eine Grundsicherung von 349,69 Euro. Alles zusammen ergibt 917,82 Euro. Damit liegt sie unter der Erwerbsminderungsrente, die eine deutsche Frau im Durchschnitt Ende 2021 erhalten hat, die betrug 994 Euro.

Dagmar Neiser hat nach der Hauptschule eine Ausbildung zur Industriekaufrau gemacht, später für ein Unternehmen gearbeitet, das Bremssysteme herstellt. Mit 19 lernte sie ihren ersten Mann kennen, »ich war schockverliebt«, sagt sie. Später machte er sich als Immobilienmakler selbstständig, Dagmar Neiser erledigte die Aufgaben im Büro. Nach 20 Jahren wurde die Ehe geschieden. Da sei ihr aufgefallen, sagt sie, dass er kaum für sie in die Rentenkasse eingezahlt habe. Sie stand ohne Wohnung und ohne Job da. Mit 46 schulte sie noch einmal um, zur Verwaltungsfachangestellten.

Bis zu ihrem 60. Lebensjahr war sie bei der Stadtentwässerung München tätig, dann entdeckten Ärzte bei ihr einen gutartigen Tumor im Gehirn. Sie konnte nicht weiterarbeiten.



TANIA KERNWEISS / DER SPIEGEL

Dagmar Neiser

Beruf: Rentnerin
Einkommen:
917,82 Euro netto

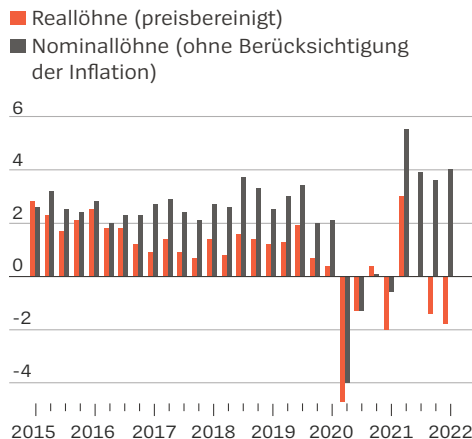
ten, bekam eine Abfindung von 8000 Euro und erhält seit Juni 2010 Rente.

Jetzt sitzt sie in ihrer Küche, im Regal stapeln sich Teepackungen, Honiggläser und Puderzucker. Ihr Mann, der für die U.S. Air Force und später beim Zoll gearbeitet hat, fühlt sich nicht gut heute, er hat sich hingelegt.

Weil sie als bedürftig gilt, unterstützt die Seniorenhilfe LichtBlick sie monatlich mit 35 Euro, das Geld kommt von einem anonymen Wohltäter, der Verein hat mehr als 2600 solcher Patenschaften abgeschlossen. LichtBlick hat Dagmar Neiser in den vergangenen Jahren einen Kühlschrank gespendet, eine Waschmaschine, einen Schlafzimmerschrank, einen Kurs für Wassergymnastik und die Hochzeit mit 300 Euro unterstützt. Von dem Betrag fuhr die Neisers mit dem Taxi zum Standesamt und zurück und bestellten sich abends Pizza.

Im Minus

Entwicklung der Löhne in Deutschland gegenüber dem Vorjahresquartal, in Prozent



Quelle: Destatis

Das Paar lebt im Bezirk Untergiesing-Harlaching, der Stadtteil ist ruhig und grün. Ihre 53-Quadratmeter-Wohnung kostet 489 Euro warm, ein Schnäppchen für München. Der Stromabschlag beträgt 90 Euro, für Telefon und Internet müssen sie 40 Euro zahlen. Sie haben getrennte Konten und teilen sich die Mittagsmahlzeit, die als Essen auf Rädern für den Mann gebracht wird.

Weil sie keine schweren Tüten tragen kann, lässt sich Dagmar Neiser die Einkäufe liefern. Vier- bis fünfmal im Monat ordert sie bei Rewe oder Bringmeister.de, die Rechnungen fallen seit ein paar Wochen merklich höher aus. Für 400 Gramm Butter zahlt sie 4,29 Euro, ein Liter Milch kostet 1,39 Euro, der Preis für die Aufbackbrötchen stieg von 0,99 Cent auf 1,09 Euro, dann auf 1,69. Dagmar Neiser sammelt Payback-Punkte, die sie wieder für Lebensmittel einsetzt.

Die Rentenerhöhung im Juli von 5,35 Prozent, es ist die höchste seit Jahrzehnten, geht an ihr vorbei – was sie zusätzlich bekommt, wird ihr bei der Grundsicherung angerechnet. Das 9-Euro-Ticket kann sie nicht gebrauchen, sie verlässt kaum die Wohnung. Weil sie kein Auto besitzt, profitiert sie nicht vom Tankrabatt. Die Energiepauschale erhalten Rentnerinnen und Rentner wie sie nicht.

Eine Rentnerin aus Pforzheim hat deshalb vor dem Sozialgericht Klage eingereicht, sie mahnt eine Verletzung von Artikel 3, Absatz 1 des Grundgesetzes an, in dem es heißt: »Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.« Dagmar Neiser glaubt nicht, dass die Klage erfolgreich sein wird. Sie glaubt, dass bald noch weniger Menschen angemessen von der Rente leben können. Zum Beispiel die Frau vom Pflegedienst, die zu ihr kommt. Die zahle für ihr Apartment 900 Euro, müsse einen Nebenjob machen und könne trotzdem nicht privat vorsorgen fürs Alter. »Diese Leute sind die Sozialhilfeempfänger der Zukunft.« Sie sagt, sie sei froh, nicht mehr jung zu sein.

Lychen

Jana Knaack hat Rhabarberkuchen aufgetragen. Hefeteig, Streusel und dazwischen das Obst aus dem Garten. »Das Rezept gibt es jetzt, solange wir Rhabarber ernten«, sagt sie. Ihre beiden Töchter, 12 und 14 Jahre alt, haben den Tisch unterm Sonnenschirm gedeckt. Kaffee, blaue Keramikbecher, passende Servietten. »Wir versuchen immer, es uns schön zu machen«, sagt Jana Knaack. »Aber ich kann dabei sehr pragmatisch sein: Wenn es eng wird, ist Essen eben Nahrungsaufnahme und nicht jeden Tag Genuss.«

Knaack ist 44 Jahre alt und in der ehemaligen DDR aufgewachsen, nach der Wende hatten die Eltern ihre Arbeitsplätze in der Landwirtschaft verloren und mussten beruflich neu anfangen. Sie hatten Kredite für ihr Haus abzubezahlen, was ihnen in ihrer Situation schwerfiel, zwischendurch wurde es auch für das Hobby der Tochter eng: Reiten. Ihr Lehrer habe aus Freundlichkeit auf den Monatsbeitrag verzichtet, erzählt Knaack.

»Ich möchte verhindern, dass meine Kinder einmal ähnliche Sorgen mitbekommen.«

Lychen liegt in der Uckermark, in Brandenburg. Die Menschen in diesem Bundesland verdienen im Schnitt fast zehn Prozent weniger als durchschnittlich in Deutschland. Wenig Industrie, viele Seen, viel Wald, kaum eine andere Region ist ähnlich dünn besiedelt und strukturschwach. Doch das Zuhause der Knaacks ist ein Idyll. Sie bewohnen die umgebaute Remise einer ehemaligen Backsteinmühle, rote Rosen ranken an alten Mauern, der Garten wird von einem Wasserlauf begrenzt. Zum Grundstück gehört auch ein großes Ferienhaus, das Jana Knaack vermietet. Neun Betten, zwei Bäder, alte Holzdielen, warme Farben, für eine Übernachtung nimmt sie 220 Euro.

In ihrem eigentlichen Beruf berät Jana Knaack als Angestellte Menschen, die Fördermittel der Europäischen Union für ländliche Entwicklung beantragen wollen, 32 Stunden in der Woche. Doch was anfangs eine sauber durchgerechnete Kombination aus Haupt- und Nebenjob schien, macht ihr zunehmend Sorgen.

Im März 2020 wurde Jana Knaack geschieden, bis dahin hatte sie das Ferienhaus mit ihrem Mann bewirtschaftet, es war meist Monate im Voraus ausgebucht. Sie nahm einen Kredit von 150 000 Euro auf, um das Grundstück mit den beiden Häusern nach der Trennung behalten zu können. Dann kamen die Pandemie und das Beherbergungsverbot: Einnahmen, mit denen sie gerechnet hatte, blieben aus. Und 80 Prozent der Coronahilfen müsse sie zurückzahlen: insgesamt 6000 Euro.

Hinzu kommen monatlich 700 Euro für den Kredit. Außerdem der Betrag für drei Handyverträge für sie und die Kinder. Das Leben einer Alleinerziehenden auf dem Land, wo kaum ein Bus fährt und die Schule 20 Kilometer entfernt liegt, lässt sich ohne Handy schlecht organisieren. Dann die Rate für den Autokredit. Der Stellplatz für das Pferd, das sie vor der Pandemie für sich und die Töchter angeschafft hatte. 250 Euro Stallmiete waren es bislang, jetzt sind es 300 Euro.

Dagegen stehen ihr Gehalt und die Einnahmen aus dem Ferienhaus, in guten Monaten seien es zusammen etwa 3000 Euro netto. Es gibt eine Solaranlage und eine Heizung mit Holz und Pellets, sie verursache ungefähr halb so viele Kosten wie eine Gasheizung, sagt Knaack. Doch die Anlagen mussten häufiger als gedacht

»Ich glaube, dass bald noch weniger Menschen angemessen von der Rente leben können.«

Dagmar Neiser

»Manche dieser Preissteigerungen sind nicht verhältnismäßig und auch nicht erklärbar.«

Jana Knaack

gewartet werden. Das Dach braucht eine Reparatur. Und die Mädchen wachsen aus den Schuhen.

Jana Knaack hat Betriebswirtschaft studiert, Haushalten sei für sie immer selbstverständlich gewesen, sagt sie. Jede kleine Summe, die sie erübrigen konnte, habe sie weggelegt, einige Tausend Euro hat sie so als Sicherheit angespart. Falls das Auto kaputtgehe, sei sie aufgeschmissen, sagt sie. Neuerdings jedoch bleibe kein Euro übrig am Ende des Monats.

Im Gegenteil, sie hat sich bei ihrer Reserve bedienen müssen. Das Pferd ist unheilbar erkrankt, es brauchte eine Inhalationsgerät, dazu Medikamente. »Dieses Pferd, unser Pferd, wird jetzt eine Rechenaufgabe«, sagt Jana Knaack. »Können wir ein Tier behalten, das ein Pflegefall ist?« Der Gedanke, dass sein Leben von ihrem Geldbeutel abhängt, quält sie.

Sie habe für sich seit zwei Jahren keine Kleidung gekauft, sagt sie. Und sie gebe nicht mehr als 100 Euro in der Woche für Lebensmittel aus. Noch hält sie es durch, trotz der steigenden Preise. Sie kaufe nur noch das, was sie für bezahlbar halte, und koche dann entsprechend. Wenn die Mädchen Lust auf Eis hätten, gebe es auch mal Wassereis aus pürierten Früchten.

Und statt Fleisch süßsaure Eier mit Kartoffeln.

Sie überlegt jetzt genau, welche Strecken sie mit ihrem Hybridauto fährt. Die Zeit spontaner Ausflüge, etwa nach Berlin, sei vorüber. Knaack weiß jetzt dienstliche Termine an der polnischen Grenze zu schätzen, weil sie im Nachbarland günstiger tanken kann. Ihre Eltern, die eine Stunde entfernt wohnen, besucht sie seltener.

Jana Knaack ist überzeugt vom Staat und seinen Strukturen. Ohne öffentliches Geld, ohne Fördermittel auch aus der EU, stünde die Uckermark nicht halb so gut da, meint sie. Sie verabscheue es, wenn Menschen ständig über Politik meckerten. Aber es ärgert sie, dass sie für zwei Kilo Äpfel statt 1,99 Euro nun 3,69 im Supermarkt zahlen soll, obwohl es sich um dieselbe Sorte handelt, die im Herbst eingelagert wurde. Oder dass Handwerkerarbeiten nun oft viel teurer geworden sind. »Manche dieser Preissteigerungen sind nicht verhältnismäßig und auch nicht erklärbar«, meint sie. »Da springen viele auf einen Zug auf, ohne dass es der Politik gelingt, es zu verhindern.«

Sie hofft, dass die Buchungslage für ihr Ferienhaus in den kommenden Monaten so positiv bleibt, wie sie derzeit ist. »Wenn nun zusätzlich zur Inflation die Coronazahlen steigen und Feriengäste ausbleiben, kann ich das nicht mehr auffangen.« Anfang des Jahres ging es ihr wie vielen Müttern in dieser Zeit, sie war überlastet und musste für mehrere Wochen aussetzen. Seither versucht sie, mehr auf ihre Gesundheit zu achten.

Sie sagt sich, dass es viele Menschen gibt, die mit weitaus weniger auskommen müssen. Dass sich zur Not alles verkaufen lässt und sie und ihre Töchter in einer Mietwohnung neu anfangen könnten. Sie erinnert sich in letzter Zeit oft daran, wie sie als Kind auf dem Holzbein ihres Opas saß. Er war kriegsversehrt, hatte seine Heimat verloren und habe sich trotzdem nie unterkriegen lassen. »Ich habe bislang bei allen Krisen gedacht, dass es nicht so schlimm ist wie das, was er erleben musste«, sagt sie.

Im nächsten Monat will sie mit ihrer älteren Tochter ein paar Tage verreisen, Paris, sie hat die Bahnfahrt vor längerer Zeit gebucht, zum Sonderpreis. Die Reise ist ein Geschenk. Das Mädchen feiert Jugendweihe, statt mit der Familie ein großes Fest zu feiern, wollte es lieber den Eiffelturm sehen. »Im Zweifel greife ich dafür dann das Ersparte an. Alles andere wäre doch dumm.«

Maik Großekathöfer, Katja Thimm



Jana Knaack

Beruf: Regionalmanagerin
Einkommen: bis zu 3000 Euro netto